

Fachkräfte für morgen gewinnen

Der sich in Deutschland abzeichnende Fachkräftemangel wird mehr und mehr spürbar. Ohne ein konsequentes Gegensteuern ist unser Wohlstand gefährdet. Der stellvertretende Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Yves Leterme, stellt fest: „Der Wohlstand Deutschlands wird in Zukunft wesentlich davon abhängen, ob es dem Land gelingt, trotz seiner alternden Bevölkerung wettbewerbsfähig zu bleiben.“

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Bis 2025 werden wir in Deutschland über sechs Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter weniger haben – das entspricht der kompletten Einwohnerzahl des Bundeslandes Hessen! Deshalb müssen wir jetzt die Weichen richtig stellen, um vorhandene Potenziale zu aktivieren und noch besser zu nutzen. Die CDU-geführte Bundesregierung tut dies mit einem eigenen Fachkräftekonzept. Drei Zielgruppen sind hierbei von besonderer Bedeutung: (1) Frauen, (2) Ältere und (3) Migranten:

Frauen

In den letzten Jahren ist die Erwerbstätigenquote von Frauen und insbesondere von Müttern stetig angestiegen. Diese Entwicklung gilt es fortzuschreiben. Dabei ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf der entscheidende Schlüssel. Bund und Länder haben sich daher auf den Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren verständigt. Es kommt darauf an, alle Kräfte zu mobilisieren, um den Betreuungsausbau voranzutreiben. Von Bundesseite wurden hierfür mittlerweile über 4,5 Milliarden Euro investiert. Auch die Kommunen in Rheinland-Pfalz haben in den letzten Jahren Enormes geleistet. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat seinerzeit die Vereinbarung zur Drittelfinanzierung mitgetragen. Sie ist nun gefordert, ihren Verpflichtungen gegenüber den Kommunen nachzukommen.

- **Wir fordern die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, ihre Zusagen einzuhalten und den Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren mit den entsprechenden Landesmitteln zu unterstützen.**

Eine erfolgversprechendes Instrument zur Erhöhung der Erwerbstätigenquote von Frauen stellt auch die Teilzeitberufsausbildung dar. Es gibt bislang nur wenige junge Mütter – und Väter –, die mit einer Teilzeitberufsausbildung ihre Weichen für die Zukunft stellen. Fast 47 % aller jungen Mütter und 31 % aller jungen Väter (16-25 Jahre) besuchten 2011 weder eine Schule noch absolvierten sie eine duale Ausbildung. Diese jungen Menschen brauchen eine neue Chance auf eine Berufsausbildung. Wir unterstützen daher die Partner des Nationalen Ausbildungspaktes, die sich für eine stärkere Nutzung der betrieblichen Teilzeitausbildung einsetzen und hierfür verstärkt bei Betrieben werben.

- **Wir fordern die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, auch in den Berufsschulen die Strukturen so auszubauen, dass ein Lernen in Teilzeit ermöglicht wird.**

Ältere

Die Erwerbstätigenquote Älterer entwickelt sich in Deutschland in den letzten Jahren außergewöhnlich positiv. Wir nehmen mittlerweile in der EU den Spitzenplatz ein! Die CDU-geführte Bundesregierung unterstützt diesen Prozess durch vielfältige Maßnahmen und Programme. Zu nennen sind beispielsweise die *Förderung der Weiterbildung von lebensälteren Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen* oder die *Initiative neue Qualität der Arbeit* (INQA). In diese Prozesse müssen sich auch die Bundesländer einbringen. Sie müssen in ihren Kompetenzbereich dafür Sorge tragen, dass unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Lage sind, länger am Erwerbsleben teilzunehmen.

- **Wir fordern die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, sich in die von der Bundesregierung initiierten Maßnahmen und Programme einzubringen, um Älteren ein langes Berufsleben zu ermöglichen.**

Migranten

Um Migrantinnen und Migranten besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, müssen wir bereits früh in der Erziehung ansetzen. Wir müssen noch mehr dafür werben, dass Kinder aus Zuwandererfamilien den Kindergarten besuchen. Die frühzeitige Sprachförderung ist der entscheidende Schlüssel dafür, dass die Kinder von Anfang an gute Deutschkenntnisse erwerben können.

Sorgen bereitet nach wie vor die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher. Zwar ist diese leicht gestiegen (von 31,4 % im Jahr 2009 auf 33,5 % im Jahr 2010), jedoch ist der Abstand zu deutschen Jugendlichen noch viel zu hoch (65,4 %). Diese Lücke muss dringend geschlossen werden, denn eine Ausbildung ist die Eintrittskarte ins Berufsleben. Hierbei kommt dem Übergang von der Schule zur Ausbildung eine zentrale Bedeutung zu.

- **Wir fordern die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher und Jugendlicher aus Zuwandererfamilien zu erhöhen. Dies sollte konkret durch den landesweiten Einsatz von Berufseinstiegsbegleitern und ehrenamtlichen Ausbildungspaten geschehen. Vorbildprojekte wie das Kooperative Übergangsmanagement (KÜM) sollten als Regelangebote von der Landesregierung gefördert werden.**

Neben der Konzentration auf die Ausbildungssituation ist auch die Frage nach Anerkennung von Bildungsabschlüssen von entscheidender Bedeutung. Das am 01.04.2012 in Kraft getretene *Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen* ist ein Meilenstein für die Integration von Zuwanderern und Ausdruck einer modernen Zuwanderungspolitik. Mit dem jetzt vorliegenden Bundesgesetz kann das Potential der Zuwanderer in Deutschland, das bisher brach gelegen hat, besser ausgeschöpft werden. Das Gesetz ist zugleich Ausdruck der Wertschätzung der Lebensleistung von Zuwanderern. Der Bund ist mit dem Anerkennungsgesetz vorangegangen. Die Bundesländer haben zugesagt, für die Berufe, die in ihrer Gesetzgebungszuständigkeit liegen, alsbald entsprechende gesetzliche Regelungen vorzulegen.

- **Wir fordern die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, zügig ein Landesgesetz auf den Weg zu bringen, um zum Ausdruck zu bringen, dass auch in Rheinland-Pfalz die Kultur des Willkommens und der Anerkennung zu Hause ist.**
- **Wir fordern die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, auf Ebene der Bundesländer dafür Sorge zu tragen, dass die einzelnen Bundesländer vergleichbare gesetzliche Regelungen verabschieden, um einen gesetzgeberischen Flickenteppich in Deutschland zu vermeiden.**
- **Wir fordern die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, im entsprechenden Landesgesetz ein Recht auf Beratung zu verankern, damit die Möglichkeit eines Anerkennungsverfahrens nachhaltig und zielführend in Anspruch genommen werden kann.**
- **Wir fordern die rheinland-pfälzische Landesregierung auf, ein Stipendienprogramm zur Nach- und Anpassungsqualifizierung für die Personen aufzulegen, die nur eine Teilanerkennung erhalten konnten und die keine Förderansprüche nach SGB II oder III haben.**